

Herr Gleß teilte mit, dass es seit Monaten eine Diskussion darüber gibt, ob die Straßenausbaubeiträge abgeschafft und durch etwas anderes ersetzt werden sollen.

Die Regierungskoalition NRW hat heute angekündigt, dass die umstrittenen Straßenausbaubeiträge für Anlieger mit Hilfe einer neuen Landesförderung erheblich reduziert werden sollen.

Er zitierte aus der Mitteilung von heute: "...Die NRW-Koalition hat sich entschieden durch eine Förderung des Landes die Beitragszahler zu entlasten und die Mindereinnahmen der Kommunen durch Förderung zu kompensieren. Die Koalition ist sich sicher, dass so das Gleichgewicht zwischen Straßenausbaubeiträgen und erbrachter Leistung wieder hergestellt ist..."

Konkret bedeutet dies, dass jene Beiträge nach dem KAG (Kommunales Abgabengesetz) und der Straßenbaubeitragssatzung nicht ganz aufgehoben, aber erheblich reduziert werden sollen, um die Bürger*innen zu entlasten. Im Alltagsgeschäft wird sich zeigen was sich daraus entwickeln wird und dahinter verbirgt. Die Folge wird sein, dass die städtische Straßenbaubeitragssatzung überarbeitet werden muss.

Eine Stellungnahme des Städte-und Gemeindebundes liegt ebenfalls schon vor (**s. Anlage -2-**). Es wird zu einer Entlastung der Kommunen kommen müssen, denn die Baumaßnahmen werden nicht um den Betrag in der Größenordnung reduziert werden können, wie mit Mindereinnahmen zu rechnen ist. Die Verwaltung wird sich am Zustand der Kanäle und Straßen orientieren und an der Verkehrssicherungspflicht. Das Land beabsichtigt für die 365 Kommunen des Landes 65 Mio. EUR bereitzustellen. Eine bereits erstellte Hochrechnung hat ergeben, dass die Kommunen tatsächlich eine Summe von 1,5 Milliarden EUR benötigen würden, um das Delta abzudecken. Das Land ist gewillt, aber es wird sicherlich noch Diskussionen geben und es muss überlegt werden wie dies numerisch, rechnerisch und wachstumstechnisch umgesetzt wird. Wobei die Diskussion möglicherweise in eine gewisse ethische Richtung gehen wird, ob die Allgemeinheit dazu herangezogen werden soll Straßen in bestimmten Einzelfällen möglicherweise mit zu finanzieren. Ganz ausgewogen ist das alles noch nicht.